

Osteuropa in der Krise: Ökonomische und politische Dynamiken

1. Wachstumsmodelle vor der Krise	14
2. Krisendynamiken	16
3. Wirtschaftspolitische Reaktionen	22
4. Schlussfolgerungen	28

*Joachim
Becker*

*a.o. Professor am
Institut für Außenwirt-
schaft und Entwick-
lung der Wirtschafts-
universität Wien*

Auszug aus WISO 2/2014

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

Krisendynamik stark von Wachstumsmodell abhängig

Das öffentliche Interesse ist meist auf die süd- und nicht auf die osteuropäische Peripherie gerichtet. Dabei sind die osteuropäischen Länder insgesamt sehr stark und oft auch sehr dauerhaft von der derzeitigen großen Krise betroffen. Von den osteuropäischen EU-Mitglieder wiesen nur zwei 2012 ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf als vor der Krise, die Arbeitslosenrate lag in allen über Vorkrisenniveau (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1 & 105, Tab. 4.9). Allerdings gibt es eine große Spannbreite in der Krisenbetroffenheit. Während Polen einer Rezession bislang völlig entgangen ist, brach das lettische BIP allein 2009 um 17,7% ein (ibid. 93, Tab. 4.1), was der europäische Negativrekord war. Die Krisendynamik hing sehr stark von der Ausprägung des Wachstumsmodells vor der Krise ab. Daher wird der Artikel mit einem knappen Überblick über die Vorkrisenwachstumsmodelle beginnen und dann die jeweilige Krisendynamik der jeweiligen Modelle herausarbeiten. Auch die Optionen für die Anti-Krisen-Politik waren maßgeblich durch die Konturen des jeweiligen Entwicklungsmodells konditioniert. Aber auch die politische Konstellation hatte Einfluss auf die konkrete Gestalt der Anti-Krisen-Politik.

1. Wachstumsmodelle vor der Krise

zentraler Wachstumsmotor war Privatverschuldung

Ein zentraler Wachstumsmotor war in Osteuropa in den Jahren vor der Krise eine rasant ansteigende Privatverschuldung – vor allem der Haushalte. Kernakteur des starken Kreditwachstums war der Bankensektor, der – mit Ausnahme Sloweniens – weitgehend in ausländischem Eigentum steht (Frangakis 2009: 72, Tab. 3.14). Die Kreditexpansion in Osteuropa wurde in der Regel durch hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland genährt. Diese Entwicklungstendenz kann als „abhängige Finanziarisierung“ (Becker 2014) gekennzeichnet werden. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern war dies der zentrale Pfeiler des gesamten Wachstumsmodells. In den Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn), Slowenien, aber auch Belarus und der Ukraine kam zur Finanziarisierung noch ein zweiter zentraler Pfeiler hinzu: die Exportindustrie. Damit sind die beiden grundsätzlichen Wachstumsmodelle im Osteuropa der Vorkrisenjahre knapp skizziert.

Die besonders einseitig durch abhängige Finanziarisierung geprägten Wachstumsmodelle zeichneten sich durch besonders

akzentuierte innere Spannungen und Widersprüche aus. Sie wiesen ein besonders rasantes Wachstum der Verschuldung der privaten Haushalte, speziell in den Jahren 2004 bis 2008, auf. Im Fall Montenegros betrug die jährliche Wachstumsrate der Verschuldung der privaten Haushalte in diesem Zeitraum 89% (Becker/Četković 2014: Tab. 1). Gerade in den südosteuropäischen und baltischen Ländern klaffte die Lücke zwischen Depositen und Krediten besonders weit auseinander (Myant/Drahokoupil 2011: 263, Tab. 14.2). Sie wurde durch Kreditaufnahme im Ausland finanziert. Entsprechend groß war das Interesse der Banken in diesen Ländern, Kredite in Euro (oder Schweizer Franken) zu vergeben (Becker/Četković 2014: Tab. 3, Myant/Drahokoupil 2011: 319, Tab. 17.3). Sie machten die Devisenkredite durch niedrigere Zinsen als bei Krediten in der jeweiligen nationalen Währung attraktiv und wälzten das Wechselkursrisiko auf die KreditnehmerInnen ab. Über die Devisenkredite wurde die verschuldete Mittelschicht an den Wechselkurs und die vorherrschende Wechselkurspolitik gebunden. Diese war entweder durch sehr rigide Wechselkursregime, die den fixen nominalen Wechselkurs garantieren sollten, oder durch eine Hochzinspolitik, die teils sogar zu nominalen Währungsaufwertungen führte, geprägt (Becker 2007). Das Resultat waren überbewertete Währungen. Sie machten Importe billig und führten zu einem starken Importsog. Hierdurch wurde die ohnehin schwache einheimische Industrie noch weiter geschwächt. Die Leistungsbilanzdefizite erreichten schwindelnde Höhen: In Montenegro 2008 33,6% des BIP, gefolgt von Bulgarien mit 24,0%. In Lettland erreichte das Leistungsbilanzdefizit mit 22,5% des BIP bereits 2007 den Höhepunkt (Myant/Drahokoupil 2011: Tab. A 13). Als kritische Grenze bei Leistungsbilanzdefiziten gelten 5% des BIP. Der sich aus den externen Defiziten ergebende Finanzierungsbedarf wurde vornehmlich durch Auslandskredite gedeckt. Dieses Wachstumsmodell war erkennbar extrem krisenanfällig.

Leistungsbilanzdefizite erreichten schwindelnde Höhen

In den Visegrád-Ländern war die Dynamik der Haushaltsverschuldung in der Tendenz ein bisschen schwächer als in den baltischen Ländern und Südosteuropa. Das Verhältnis Depositen zu Krediten war in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen relativ solid. Damit waren die Banken in diesen drei Ländern in den Vorkrisenjahren relativ wenig abhängig von externer Refinanzierung. In Polen begrenzte die Zentralbank bewusst

eine Tendenz zur Vergabe von Fremdwährungskrediten (Dymarski 2014: 108). In Slowenien verschlechterte sich das Verhältnis von Depositen und Krediten stark nach dem Beitritt zur EU und der erstmaligen Regierungsübernahme rechter Parteien, während es sich Ungarn durch ein dauerhaftes und massives Ungleichgewicht zwischen Einlagen und Krediten auszeichnete (Myant/Drahokoupil 2011: 263, Tab. 14.2). In Slowenien und Ungarn entstand hingegen eine erhebliche Abhängigkeit von externer Refinanzierung. Und in Ungarn schlug sich diese – ähnlich wie in den baltischen und südosteuropäischen Ländern – in einem hohen Anteil von Fremdwährungskrediten nieder (Myant/Drahokoupil 2011: 319, Tab. 17.3). Deutlich stieg auch in der Ukraine – im Kontext einer rasanten Verschuldungsdynamik in den Jahren der Präsidentschaft des durch die „Orangene Revolution“ an die Regierung gelangten pro-westlichen Politikers Viktor Juščenko (2005–2010) – der Anteil der Devisenkredite bis 2008 auf insgesamt 59,1% an, während er sich in Belarus um die kritische Grenze herum bewegte (ibid.). Damit waren Ungarn und die Ukraine in dieser Ländergruppe finanziell deutlich verwundbarer als die anderen Länder.

substantielle Industrie wirkte auf Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanzdefizite hatten in den osteuropäischen Ländern mit substantieller Industrie stärker handhabbare Größenordnungen – erreichten allerdings 2008 in Ungarn, der Ukraine und Belarus zumindest 7% des BIP (ibid.: Tab. A 13). Ein wesentlicher Grund hierfür waren die stärkeren Exporte. Die Visegrád-Länder und Slowenien wurden Ende der 1990er-Jahre zunehmend in den Komplex der deutschen Exportindustrie eingebunden. Es kam zu einer signifikanten Auslagerung von Produktion in die mittelosteuropäischen Ökonomien. Allerdings war das entstehende Produktions- und Exportprofil oft sehr eng, speziell in den kleineren Ländern (Becker 2010: 520). Für Belarus und die Ukraine behielt Russland als Exportmarkt erhebliche Bedeutung. Die Ukraine unterscheidet sich von den anderen Ländern durch den viel stärkeren Anteil von Primärprodukten am Export (mineralische Rohstoffe, Nahrungsmittel; Becker 2014b). Die avancierteren ukrainischen Exporte gingen eher nach Russland als in die EU.

2. Krisendynamiken

Von der Krise der Zentrumsökonomien waren die osteuropäischen Länder primär durch zwei Verbreitungskanäle betroffen:

einerseits durch den Rückgang der Exporte (Exportkanal) und andererseits durch Kapitalabflüsse oder zumindest stark geminderte Kapitalzuflüsse (Finanzkanal). Die Gewichtung der beiden Faktoren war allerdings sehr unterschiedlich.

*von der Krise der
Zentrumsökono-
mien durch
zwei Kanäle
betroffen*

Jene Länder, deren Wachstumsmodell vor der Krise vor allem durch abhängige Finanzialisierung charakterisiert gewesen war, wurden durch das Austrocknen der Finanzzuflüsse bzw. Kapitalabflüsse im Kern ihres Wirtschaftsmodells getroffen. Die Rückgänge im Export, die 2008/2009 teils gewaltig (speziell in Montenegro, Makedonien und den baltischen Ländern) ausfielen (Kulikova 2011: 15, Abb.3), waren dagegen sekundär. Dabei zeigten sich die Ökonomien umso verwundbarer, je rascher das Kreditwachstum vor der Krise und je höher der Anteil der Devisenkredite gewesen war, sowie je größer das Leistungsbilanzdefizit ausgefallen und je ungünstiger die Struktur der Auslandsschulden war, mit denen das Leistungsbilanzdefizit finanziert worden war (vgl. Becker 2010: 525 f., Kulikova 2011: 25 ff., Myant/Drahokoupil 2011: 315 ff.). In den Ländern mit flexiblen Wechselkursen, wie Rumänien, gerieten diese unter starken Abwertungsdruck, und bei Ländern mit Varianten von fixen Wechselkursregimen waren die bestehenden Arrangements angesichts der enormen Leistungsbilanzdefizite und der hohen Abhängigkeit der Ökonomie und des Wechselkursregimes von äußeren Kapitalzuflüssen in Frage gestellt. Daher ergriffen die Regierungen extreme restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die Binnennachfrage und die Importe zu reduzieren. Dies beschleunigte den BIP-Rückgang weiter (Becker 2010: 532 ff.).

Die Krisenverwundbarkeiten erwiesen sich bei den zuvor als neoliberale Vorzeigemodelle gepriesenen baltischen Ländern am stärksten. Diese wiesen zwischen 2007 und 2009 von allen EU-Mitgliedsstaaten den stärksten BIP-Rückgang auf: Lettland um 20,4%, Estland um 17,6% und Litauen, wo die Rezession etwas später einsetzte, um 12,4% (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). 2010 bzw. 2011 setzte in den baltischen Ländern eine gewisse Erholung ein. Diese war teils auf steigende Exporte (speziell im Fall Lettlands mit starkem Primärgütercharakter), teils auf die sich partiell erholende Binnennachfrage, die im Rahmen der Austeritätspolitik zwischen 2007 und 2009 in Lettland um 24,0%, in Estland und Litauen um mehr als 10% heruntergedrückt worden

*Krisenverwund-
barkeit bei
neoliberalen
baltischen
Vorzeigestaaten
am stärksten*

war (Dymarski 2014: 99, Tab. 4.5), zurückzuführen. Angesichts der extremen vorherigen Zusammenpressung des Binnenkonsums ist es dann auch nicht überraschend, dass die Hospodárske noviny 2012 vermelden konnten: „In der Union wächst der Konsum am schnellsten im Baltikum“ (Havlík 2012: 24). Allerdings merkte der Artikel auch kritisch an, dass im Fall Lettlands und Litauens der Konsum erneut schneller wuchs als die Löhne. Damit beruhte die Erholung auf fragilen Grundlagen. Der Bankensektor litt angesichts des starken Wirtschaftseinbruchs unter stark gestiegenen „faulen“ Krediten. Bei Banken in Lettland ersetzten Depositen aus Russland zum Teil die früheren Auslandskredite – eine Vorgehensweise, die die Verwundbarkeit des Bankensektors nicht mindert, sondern ihr nur eine andere Gestalt gibt (Becker 2013). Dies hat das zypriotische Beispiel, das vor der Krise genau diese Grundlage hatte und wo der Bankensektor nun in Scherben liegt, nur allzu klar aufgezeigt. 2012 lag das BIP in Lettland, das aufgrund der starken Verbesserung der Leistungsbilanz als Musterfall der Austeritätspolitik gepriesen wird, immer noch um 12,2% unter dem Maximum der Vorkrisenjahre. Für Litauen und Estland sind die entsprechenden Werte 5,1% und 4,9% (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). Die Arbeitslosigkeit explodierte in den baltischen Ländern während der Krise und lag – trotz eines Rückgangs in den letzten Jahren – 2012 immer noch bei mehr als dem Doppelten der besten Vorkrisenwerte (ibid. 105, Tab. 4.9). Gäbe es keine Massenauswanderung, wäre die Arbeitsmarktlage noch trister. Die Beschäftigung lag 2012 in Lettland um 22,1%, in Litauen um 16,4% und in Estland um moderatere 6,3% unter dem Maximum der Vorkrisenjahre (ibid.: 104, Tab. 4.8).

*Arbeitslosigkeit
explodierte trotz
Massenaus-
wanderung*

*in südost-
europäischen
Ländern geringer
BIP-Rückgang*

In den südosteuropäischen Ländern, in denen die private Überschuldung und die Verbreitung von Devisenkrediten überwiegend nicht ganz so stark ausgeprägt war wie in den baltischen Ländern, fiel der Rückgang des BIP 2008/2009 schwächer aus – beispielsweise betrug der BIP-Rückgang in Kroatien mit seinem für die Region außergewöhnlich hohen Stand der Privatverschuldung 2009 5,8%, in Bulgarien und Montenegro mit ihren extremen Leistungsbilanzdefiziten in den Vorkrisenjahren 5,5% bzw. 5,3%, während Albanien sogar eine Steigerung um 4,2% aufwies (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1, Pöschl 2010: 428, Tab. 1). Allerdings dauern in diesen Ländern Stagnations- und Rezessionstendenzen bis heute fort (Holzner/Astrov 2013: 416 Tab. 1),

da der Binnenmarkt angesichts der beträchtlichen Verschuldung der Haushalte, bestehenden Kreditrestriktionen, niedriger Löhne und fortgesetzter Austeritätspolitik darniederliegt und auch die Exportdynamik gering ist. Die südosteuropäischen Länder sind im Außenhandel relativ eng mit der südeuropäischen Peripherie der Euro-Zone verflochten und leiden entsprechend stark unter deren Austeritätspolitik. 2012 verzeichneten einige von ihnen sogar einen Rückgang der nominellen Exporte (Holzner/Astrov 2013: 417).

In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens lag die Arbeitslosigkeit – bis auf Kroatien mit 8,4% – oft bereits in der Vorkrisenzeit extrem hoch, in Serbien bei 13,6%, in Bosnien-Herzegowina bei 23,4% und in Mazedonien bei 33,8% (Pöschl 2010: 428, Tab. 1). Sie ist in der Krise weiter gestiegen – am deutlichsten in Kroatien, wo sie sich bis 2012 auf 15,7% fast verdoppelt, und in Serbien auf 24%, während Bosnien-Herzegowina eine weitere Steigerung auf 28% verzeichnete und Makedonien offiziell keine weitere Steigerung registrierte (Holzner/Astrov 2013: 416, Tab. 1). In Bulgarien war zwischen 2008 und 2012 mehr als eine Verdoppelung der Arbeitslosenrate auf 12,3% zu verzeichnen, die Beschäftigung ging bis 2012 gegenüber dem Vorkrisenminimum um 14,2% zurück, was der drittstärkste Rückgang unter den osteuropäischen EU-Mitgliedern war (Dymarski 2014: 104 f., Tab. 4.8 & 4.9). Die offiziellen Arbeitslosendaten sind eher als beschönigend zu werten. Die Unterbeschäftigung ist hoch, teils halten sich Arbeitslose und Unterbeschäftigte mit landwirtschaftlicher Kleinstproduktion für den Eigenbedarf etwas über Wasser.

in Nachfolgestaaten Jugoslawiens schon in der Vorkriegszeit hohe Arbeitslosigkeit

Die Gruppe der Länder, deren Wachstumsmodell bis zur Krise sowohl durch Exportindustrie als auch durch Finanzialisierung geprägt war, zeigte sich in der Krisendynamik relativ heterogen. Für Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei, wo die Fremdwährungskredite eine untergeordnete Rolle spielten und die Kredite nicht wesentlich die Depositen überstiegen, war der Hauptausbreitungskanal der Krise der Exportkanal. Mit der Erholung der Exporte erholte sich tendenziell auch deren BIP. In Polen und der Slowakei als den einzigen osteuropäischen EU-Ländern überstieg das BIP 2012 den maximalen Vorkrisenwert: im Fall Polens um 12,4%, im Fall der Slowakei um 4,5% (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). In den anderen Ländern der Gruppe spielte

in Ländern mit hybridem Wachstumsmodell relativ heterogene Krisendynamik

Slowenien wurde der Extern finanzierte Kredit- und Immobilienboom zum Verhängnis

der Rückgang der Exporte ebenfalls eine wichtige Rolle in der Krisendynamik, aber der Finanzkanal war ebenfalls von großer Bedeutung. Slowenien wurde der extreme, extern finanzierte Kredit- und Immobilienboom der Jahre 2004 bis 2008 zum Verhängnis (Mencinger 2012). Das slowenische BIP lag 2012 um 8,3% unter dem besten Vorkrisenwert (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). In Ungarn, Belarus und speziell der Ukraine erwies sich der hohe Anteil der Devisenkredite als eine zentrale Krisenverwundbarkeit.

in Polen und Tschechien Abmilderung der Krisenfolgen durch Währungsabwertung

Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei erlebten Ende 2008/Anfang 2009 im Gefolge des Produktionsrückgangs der deutschen Exportindustrie eine starke Kontraktion ihrer Exporte. Im Fall Polens und der Tschechischen Republik wurden die außenwirtschaftlichen Krisenfolgen durch eine Währungsabwertung abgemildert, sodass sich in der ersten Krisenphase das BIP günstiger als in den Euro-Ländern Slowakei und Slowenien entwickelte (Becker 2010: 522, Workie et al. 2010: 96, 101). In Polen erwiesen sich weiters die relativ große Bedeutung des Binnenmarktes sowie die – entgegen der programmatischen Verlautbarungen – faktisch expansive Fiskalpolitik als konjunkturstabilisierend (Osiatyński 2010: 224, Dymarski 2014: 106 ff.). In allen drei Ländern wuchs die Verschuldung der Privathaushalte seit 2008 weiter – wenngleich langsamer als in den Vorkrisenjahren (Becker/Ćetković 2014: Tab. 4). Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern blieb damit die Finanzialisierung ein – wenn auch verlangsamter – Wachstumsmotor. Die Binnendynamik war ein wichtiger Faktor beim Wirtschaftswachstum der Folgejahre. Während es 2010 und 2011 vor allem zu einer exportseitigen Erholung kam, setzte 2012 eine Verlangsamung bzw., im Fall der Tschechischen Republik, eine erneute Rezession ein. Diese war wesentlich durch das Ausmaß und den Zuschnitt der Austeritätspolitik bestimmt, die einerseits durch Vorgaben der EU und andererseits durch die innenpolitische Konstellation konditioniert wurde. So setzte die damalige tschechische Rechtsregierung auf eine scharfe Austeritätspolitik, die strategisch auf eine Schwächung des Sozialstaates gerichtet war, und produzierte damit einen weiteren Wirtschaftseinbruch. Hingegen fiel die Wirtschaftspolitik der sozialdemokratisch orientierten slowakischen Regierung weniger restriktiv aus und setzte verteilungspolitisch leichte progressive Akzente. Die BIP-

Austeritätspolitik der tschechischen Rechtsregierung führte zu weiterem Wirtschaftseinbruch

Entwicklung der Slowakei war in den letzten Jahren günstiger als beim tschechischen Nachbarn (Becker 2012a). Zwar lag die Beschäftigung in Polen 2012 ganz leicht höher als vor der Krise, die Arbeitslosigkeit lag aber sowohl in Polen als auch in der Slowakei – also in beiden Ländern, welche die Krise noch am relativ besten überstanden hatten –, 2012 mit offiziell 10,1% bzw. 14,0% über der Zehnprozent-Marke (Dymarski 2014: 105, Tab. 4.9).

In Slowenien schlug neben dem Einbruch der Exporte auch das Platzen der Immobilienblase auf die Ökonomie voll durch. Die Kontraktion des slowenischen BIP fiel 2009 mit 7,8% überdurchschnittlich scharf aus. Die Erholung der Jahre 2010 und 2011 war schwach und 2012 ging das slowenische BIP erneut deutlich zurück (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). Ein wesentlicher Hintergrund hierfür sind die Probleme im slowenischen Bankensektor, der unter einem ziemlich hohen Anteil fauler Kredite leidet. Speziell Bau-, Immobilien- und Holdinggesellschaften leiden unter Überschuldung (Bole et al. 2011). Die Austeritätspolitik wirkt krisenverschärfend. In Ungarn, Belarus und der Ukraine stellen die hohen Devisenkredite ein zentrales Problem dar. Ihre Krisendynamik weist mehr Ähnlichkeiten mit den baltischen und südosteuropäischen Ländern als mit Polen, der Tschechischen Republik oder der Slowakei auf. Der ungarische Bankensektor geriet gleich 2008 durch den Wertverlust des Forint unter starken Druck. Die Situation der DevisenschuldnerInnen und Banken ist nach wie kompliziert. Nach einem starken BIP-Einbruch um 6,8% im Jahr 2009 kam es danach nur zu einer minimalen Erholung. 2012 ging das BIP erneut zurück (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1). Für Belarus und die Ukraine wirkte sich der starke Wirtschaftseinbruch nicht nur in der EU, sondern auch in Russland sehr negativ auf die Exporte aus. Hinzu kamen Probleme durch die Devisenkredite. Während Belarus zunächst eine Stabilisierung des Bankensektors gelang, geriet der ukrainische Bankensektor, der sich in den Vorjahren extrem rasch im Ausland verschuldet und großzügig Devisenkredite im Inland vergeben hatte, in große Turbulenzen (Becker 2011: 271 ff.). Das ukrainische BIP fiel 2009 um 14,8%. Danach kam es 2010 und 2011 zu einer vorübergehenden Erholung (Matuszak/Sarna 2013: 23, Abb. 2). Außenwirtschaftliche Probleme und die anhaltenden Probleme im Bankensektor – nach einer breiten Definition waren Ende

Belarus und Ukraine litten durch Wirtschaftseinbruch in der EU und Russland

des 1. Quartals 2012 etwa 40% der Kredite notleidend (IMF 2012: 51, 55) – führten 2012 zu einem erneuten Rückgang des BIP. Aufgrund der hohen Devisenschulden versuchte die Regierung Janukovyč den Kurs der Währung stabil zu halten. Für die außenwirtschaftlichen Beziehungen erwies sich das als kontraproduktiv. Der Export ging 2013 um 8% zurück, und Ausdruck der schwachen Binnenkonjunktur waren deflationäre Tendenzen (Sarna 2014). Belarus entging 2009 mit einem BIP-Wachstum von 0,2% ganz knapp einer Rezession (IMF 2013b: 33, App. II). Nach einem vorübergehenden Aufschwung geriet die belarussische Ökonomie 2011 über eine starke Währungsabwertung in deutliche Probleme, die sich in einer zeitweise stark beschleunigenden Inflation äußerten. Sowohl binnen- wie außenwirtschaftlich ist aber die Lage in Belarus weit stabiler als in der Ukraine. Belarus reduzierte bis 2012 sein Leistungsbilanzdefizit bis auf 2,9% des BIP, das allerdings im Folgejahr erneut auf 5,6% des BIP anstieg (IMF 2013 b: 23, Tab. 1), während sich in der ukrainischen Leistungsbilanz 2013 ein Defizit von mehr als 9% des BIP auftat (IMF 2014). Damit war die wirtschaftliche Situation in der Ukraine bereits vor dem jüngsten Konflikt extrem problematisch. Auch im Vergleich zum Jahr 1990 stellt sich die wirtschaftliche Situation der Ukraine als katastrophal dar: Das BIP erreichte 2012 gerade einmal 69,3% des Niveaus von 1990 (Holzner/Astrov 2013: 418, Tab. 2).

Situation in der Ukraine schon vor Konflikt extrem problematisch

3. Wirtschaftspolitische Reaktionen

unterschiedliche Reaktionen zur Krisenbewältigung

In der Region zeigen sich in der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Krise zumindest ein paar wichtige Nuancen. Die Länder, deren Ökonomien einseitig durch abhängige Finanzialisierung geprägt waren, haben durchgängig eine scharfe Austeritätspolitik neo-liberalen Zuschnitts verfolgt. Auch Länder, die zusätzlich einen relevanten industriellen (Export-)Sektor aufwiesen, folgten – zumindest anfänglich – diesem Muster, wenn die Mittelschicht hochgradig in Devisen verschuldet war. Polen, die Slowakei und die Tschechische Republik, die sich durch eine Verbindung von Exportindustrialisierung und Finanzialisierung mit (relativ) geringer Devisenverschuldung auszeichneten, verfolgten zu Beginn der Krise zumindest keine pro-zyklische Politik. In Polen war sogar, wenn auch nicht programmatisch, ein faktisch starker anti-zyklischer Impuls zu erkennen (vgl. Becker 2011: 274). Aufgrund

der Pressionen der EU, im Fall der Tschechischen Republik (bis zum Frühjahr dieses Jahres) und Polens, aber auch aufgrund der rechtsliberalen Orientierung der Regierungen kam es dann allerdings sukzessive zu einem stärkeren Sparkurs. In der Fiskalpolitik setzt sich allerdings die sozialdemokratisch orientierte Regierung durch leichte progressive Elemente von den anderen Regierungen der Region ab (Becker 2012a).

Die Länder mit einem hohen Anteil von Devisenkrediten sahen sich im Herbst 2008 zu sehr raschen Reaktionen auf die Krise genötigt. Ungarn war das erste europäische Land, das in der aktuellen Krise einen Stützungskredit beim Internationalen Währungsfonds (IWF) beantragte. Später folgten Lettland, Rumänien, die Ukraine, Serbien und Bosnien-Herzegowina. In einen Teil der Programme waren auch die EU sowie einzelne Staaten (z.B. Schweden im Fall Lettlands) involviert. Alle diese Programme waren mit wirtschafts- und sozialpolitischen Auflagen verbunden (vgl. Becker 2010: 532 ff., Drezgić 2010: 215 ff.). Aber auch jene Länder mit einem hohen Anteil von Devisenkrediten, die kein IWF-Programm vereinbarten, verfolgten im Kern eine Politik entsprechend der neoliberalen IWF-Rezeptur. Von den frühen Programmen wich allein Belarus ein Stück weit vom üblichen Muster ab und ergriff auch heterodoxe Maßnahmen (Becker 2011: 274).

Abgesehen von teils sehr kostspieligen Maßnahmen der Bankenstützung war das Kernanliegen der Anti-Krisen-Politik die Stabilisierung des Wechselkurses bzw. auch bestehender rigider Wechselkurssysteme. Dies war das zentrale Anliegen der westlichen Banken in den betroffenen Ländern. Währungsabwertungen implizierten eine Abwertung ihrer Aktiva in den osteuropäischen Ländern und massive Probleme bei den Fremdwährungskrediten. Die in Devisen verschuldete Mittelschicht hatte ebenfalls ein starkes Interesse an einer Wechselkursstabilisierung, da ihr anderenfalls eine massive Verteuerung des Schuldendienstes drohte. Damit hatte die Prioritätssetzung bei der Wechselkursstabilisierung eine solide inländische soziale Basis (vgl. Becker 2011: 275). In der Frage der Wechselkursstabilisierung war die Europäische Kommission erkennbar dogmatischer als der IWF, der durchaus Kritik an der Politik überbewerteter Wechselkurse erkennen ließ (vgl. Becker 2010: 532). Die baltischen Länder traten

Kernanliegen der Anti-Krisen-Politik war Stabilisierung der Wechselkurse

im Gefolge der Krise die beschleunigte Flucht in die Euro-Zone an. Ihre extrem restriktive Politik war auch durch das Bestreben, die Beitrittskriterien für die Euro-Zone zu erfüllen, motiviert.

*zentrale
Elemente der
Austeritätspolitik*

Wurde eine Währungsabwertung ausgeschlossen, so blieb als Option zur Reduktion der Leistungsbilanzdefizite eine deflationär ausgerichtete Politik der Minderung der Binnennachfrage, die euphemistisch als „innere Abwertung“ bezeichnet wird. Zentrale Elemente der Austeritätspolitik waren eine restriktive Budgetpolitik, speziell eine Reduktion von Gehältern im öffentlichen Dienst (in Rumänien beispielsweise um 25%) und von Pensionen sowie der systematische Abbau sozialer Leistungen (speziell im Gesundheits- und Bildungswesen). Hauptleidtragende der Austeritätspolitik sind abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, PensionistInnen und – über den Abbau von Stellen in den sozialen Dienstleistungen und Verlagerung von Pflegeleistungen etc. in die Familien – die Frauen. Während soziale Proteste im Baltikum aufgrund der politisch forcierten ethnischen Spaltungen schwach ausfielen oder überhaupt ausblieben (vgl. Bohle 2013), kam es in den südosteuropäischen Ländern zu sozialen Protesten, die sich teils gegen Betriebsschließungen, dubiose Privatisierungen und Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten (v.a. Kroatien und Serbien), teils gegen Maßnahmen im Kontext der Austeritätspolitik (Rumänien), teils gegen die sozio-ökonomische Lage, aber auch die engen Bindungen zwischen Geschäftswelt und politischen Parteien (Bulgarien, partiell Bosnien-Herzegowina) richteten. Sie hatten defensiven Charakter und konnten bestenfalls punktuelle Zugeständnisse erreichen (vgl. z.B. Kanzleiter 2012, Ivancheva 2014).

*Binnennachfrage
wurde extrem
„zusammen-
geschnürt“*

Die Binnennachfrage wurde in den Ländern mit hoher Devisenverschuldung 2009 extrem zusammengeschnürt – der Konsum ging in Lettland um 20,3%, in Litauen um 14,1%, in Estland um 11,4%, in Rumänien um 7,4%, in Bulgarien um 7,3% und in Ungarn um 4,9% zurück, während er in den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten noch leicht anstieg (Dymarski 2014: 99, Tab. 4.5). Damit gingen dann auch die Importe drastisch zurück. Nowak (2012: 5) hebt hervor, dass die (vorübergehende) teils dramatische Verbesserung der Leistungsbilanz primär durch eine Minderung der Importe, „im Fall Estlands, Lettlands und Litauens um mehr als 30% bei Gütern und 20% bei Dienstleistungen im

Jahr 2009 im Vergleich mit 2008⁴ erreicht wurde. Mit der Rückkehr zu positiven Wachstumsraten haben sich die Leistungsbilanzen tendenziell erneut verschlechtert. Im Fall der osteuropäischen EU-Länder bewegen sich die Leistungsbilanzsalden derzeit nicht im kritischen Bereich (vgl. Hrvatska Narodna Banka 2014: 11, Tab. 2), während sie bei den anderen südosteuropäischen Ländern meist immer noch bzw. erneut um die 10% des BIP oder mehr erreichen und sich damit auf kritischem Niveau bewegen (OeNB 2013: 98, Tab. 8). Die Schwächen im produktiven System, die der Tendenz zu Leistungsbilanzdefiziten zugrunde liegen, sind in keinem Fall angegangen und auch nur ansatzweise behoben worden.

Schwächen im produktiven System wurden kaum behoben

Die Rezessionen führten zu einer Verschlechterung der Verschuldungsindikatoren, die sich später auf hohem Niveau stabilisierten. Verschärfte Rezession implizierte auch zunehmende Kreditausfälle (Becker 2011: 275). Aufgrund der zeitweilig starken Aufwertung des Schweizer Franken sehen sich speziell SchuldnerInnen, die Kredite in dieser Währung aufgenommen haben, mit einem stark verteuerten Schuldendienst konfrontiert. Die Verschuldungsprobleme sind nicht gelöst.

Während die Länder mit hoher Fremdwährungsverschuldung, deren Vorkrisenmodell primär durch die Finanzialisierung geprägt war, sich bislang streng an den orthodoxen Politikprogrammen orientiert haben, sind in Ungarn, Belarus und der Ukraine – die auch noch ein relevantes produktives Element des Wachstumsmodells aufgewiesen hatten – auch Teilelemente heterodoxer Natur feststellbar. In Ungarn wurden diese von der rechtsgerichteten Fidesz-Regierung, die seit den Wahlen von 2010 amtiert, eingeführt. Die Politik der Fidesz-Regierung ist strategisch auf die Stärkung der oberen Mittelschicht und v.a. parteinaher, ungarischer Kapitalgruppen ausgerichtet. Da für die ungarische Mittelschicht vielfach die hohe Devisenverschuldung ein großes Problem darstellt, ging die Fidesz-Regierung diese Frage offensiver an. Sie eröffnete DevisenschuldnerInnen die Möglichkeit, ihre Kredite zu einem Wechselkurs, der sich am Vorkrisenniveau orientierte, vorzeitig zu tilgen. Obgleich eine solche Option nur von einer relativ begrenzten Gruppe der betroffenen SchuldnerInnen wahrgenommen werden konnte, schuf dies massive Friktionen mit den Banken von ausländischen

Fidesz-Regierung in Ungarn

Eignern. Ebenfalls den Finanzsektor betraf die Rücknahme der Kommerzialisierung der Pensionsversicherung, die aus Sicht der Fidesz-Regierung zu hohen Risiken und einer starken Belastung des Budgets geführt hatte. Zu Friktionen mit der EU und ausländischen Unternehmen führten zudem zunächst zeitlich befristet eingeführte Sondersteuern in Dienstleistungssektoren mit hoher Präsenz transnationaler Konzerne. Ansonsten war die Steuerpolitik sehr regressiv konzipiert – beispielsweise wurde bei der Einkommenssteuer eine Flat Tax von 16% eingeführt. Eindeutig neoliberal ist auch die massive Liberalisierung des Arbeitsrechts (vgl. Tóth et al. 2012, Bohle 2013). Auslandskapital in der Exportindustrie hat von der Wirtschaftspolitik der Fidesz-Regierung vielfach profitiert. Die Wirtschaftspolitik Viktor Orbáns kann als selektiver Wirtschaftsnationalismus, der zu partiellen Konflikten mit der EU geführt hat, bezeichnet werden (Becker 2012b).

*relativ moderates
IWF-Programm
für Belarus*

Für Belarus und die Ukraine gab es als Alternative zu IWF und EU potenziell auch Russland. Das IWF-Programm für Belarus fiel relativ moderat aus. Die belarussische Regierung komplementierte orthodoxe durch einige heterodoxe Maßnahmen (z.B. Devisenkontrollen). Die relativ milde IWF-Konditionalität könnte im Zusammenhang mit dem damaligen Bestreben der westlichen Länder stehen, Belarus etwas von Russland abzunabeln (Becker 2011: 274f.). Nach heftiger Repression im Gefolge der kontroversen Präsidentschaftswahlen von 2010 hat sich das Verhältnis zwischen Brüssel und Minsk stark abgekühlt. Die belarussische Regierung erhielt russische Stützungskredite. Diese hatten allerdings einen Preis: die Erweiterung des russischen Einflusses auf Kernsektoren der belarussischen Wirtschaft (Wierzbowska-Miazga 2013).

*restriktivere
IWF-Programme
für die Ukraine*

Die IWF-Programme für die Ukraine waren restriktiver in ihren Bedingungen, einzelne heterodoxe Maßnahmen gab es auch in der Ukraine. Das Programm über 16,4 Mrd. US \$ von Ende 2008 geriet nach Mindestlohn- und Pensionserhöhungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom Jänner 2010 vom durch den IWF vorgesehenen Pfad ab (Becker 2011: 275). Nach der Wahl Janukovyčs, der als Sachwalter der ostukrainischen Schwerindustrie galt, zum Staatspräsidenten schloss die Ukraine 2010 ein weiteres Abkommen mit dem IWF, diesmal über 15,1 Mrd. US \$, ab. Obgleich die

Regierung vielfach eine sehr orthodox neoliberale Wirtschaftspolitik betrieb, kam es auch hier zu Konflikten mit dem IWF. Kern der Kontroversen waren Fragen der Pensionsreform und eine Minderung der Subventionen im Energiesektor, was eine drastische Erhöhung der Gaspreise für die VerbraucherInnen impliziert hätte (Matuszak/Sarna 2013: 22 f.). Auch die Regierung Janukovyč übte sich im Wechselspiel zwischen West und Ost. Einerseits handelte sie mit Russland im Gegenzug für die Verlängerung der Truppenstützpunkte auf der Krim einen niedrigeren Gaspreis aus, andererseits schloss sie mit der EU die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen ab.

Selbst ein starker Befürworter der Assoziationsabkommen, wie der polnische Außenpolitikexperte Rafał Sadowski (2013: 29 ff.), weist darauf hin, dass diese Abkommen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nur begrenzte Vorteile bringen, aber mit hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten verbunden sind. Auch drohe den Unterzeichnerstaaten eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland, die ökonomisch von großer Bedeutung sind. Angesichts der katastrophalen ökonomischen Lage der Ukraine, russischer Pressionen und der fehlenden Bereitschaft der EU zu Ausgleichshilfen sagte die Regierung Janukovyč die für den Herbst 2013 geplante Unterzeichnung des Assoziationsabkommens ab. Dies setzte in der Ukraine, die in Fragen der außenpolitischen Orientierung tief gespalten ist, eine Welle von Protesten in Gang, die in den Sturz der Regierung Janukovyč und deren Ersetzung durch eine pro-westliche Koalition nationalliberaler und faschistischer Kräfte mündeten (vgl. Becker 2014b). Der politische Teil des Assoziationsabkommens sowie Zollerleichterungen für ukrainische Exporte wurden in Kraft gesetzt. Den dringenden Finanzbedarf der Ukraine soll hingegen ein IWF-Kredit, der wiederum mit scharfen wirtschaftspolitischen Konditionen verbunden sein wird, decken. Die sozialen Einschnitte, die im Programm vorgesehen sind, dürften die soziale Lage weiter verschärfen und nicht zur Entschärfung der Spannungen in diesem osteuropäischen Land beitragen. Mit dem politischen Umsturz begann eine verschärfte Phase des regionalen Konfliktes zwischen der EU und Russland um Einfluss in der Ukraine, die in der Ukraine zu weiter wachsenden Spannungen führt. Im Rahmen der politischen Krise haben zunächst ultra-rechte ukrainische paramilitärische Gruppen, nach

*ukrainisches
Assoziations-
abkommen*

dem Umsturz dann auch pro-russische paramilitärische Gruppen an Bedeutung gewonnen. Nachdem bereits die Krim von der Ukraine abgespalten wurde, ist ein weitergehendes Szenario des Staatszerfalls nicht mehr auszuschließen.

4. Schlussfolgerungen

Einseitig kredit-stimuliertes Wachstum und hohe Devisenverschuldung der Mittelschichten in den Vorkrisenjahren haben zu besonders starken Krisendynamiken geführt. In den osteuropäischen Ländern (primär die südosteuropäischen und baltischen Länder), deren Wachstumsmodell in den Vorkrisenjahren durch diese Charakteristika geprägt war, haben als Reaktion auf die Krise besonders stark auf eine Wirtschaftspolitik gesetzt, welche die Binnennachfrage und damit die Importe radikal absenkt. Vielfach geschah dies in Programmen, die zusammen mit IWF und EU konzipiert wurden. Strukturelle Krisenursachen hat die so gestrickte Wirtschaftspolitik nicht beseitigt. Die soziale Lage hat sich – teils dramatisch – verschlechtert. In der Ukraine ist die tiefe ökonomische und soziale Krise ein wichtiger Faktor, der zur Zuspitzung des regionalen Konfliktes und zur Krise des ukrainischen Staates beigetragen hat. Die Ukraine ist der dramatischste und tragischste Krisenfall in der Region. Den anderen Pol bildet Polen, wo eine relativ starke Binnenorientierung und eine verhältnismäßig begrenzte Devisenverschuldung die Krisendynamik abmilderten und wirtschaftspolitische Spielräume schufen. Auch die Slowakei und die Tschechische Republik verkräfteten die Krise relativ gut, allerdings zeigte die Krise die mit der engen Exportspezialisierung verbundenen Verwundbarkeiten deutlich auf.

*strukturelle
Krisenursachen
werden nicht
beseitigt, die
soziale Lage
hat sich teils
dramatisch
verschlechtert*

Literatur

- Becker, J., Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences, in: Becker, J./Weissenbacher, R. (Hg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis? Marburg, S. 223-278
- Becker, J., Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 36, 2010, 4, S. 519-542
- Becker, J., Wirtschaftsmuster und Krisenmodelle in Osteuropa, in: WSI-Mitteilungen, 64, 2011, 6, S. 270-277
- Becker, J., Abschwung in Osteuropa: Zwischen Export, Austerität und leichtem Umsteuern, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 2012a, 9, S. 2-3
- Becker, J., Neo-liberalism's new cloth: national conservatism in Hungary and Turkey, in: Sendika.org, 14.4.2012b (www.sendika.org/english/yazi.php?yazi_no=44311; abgerufen: 11.9.2012)
- Becker, J., Latvijski antimodel, in: Le Monde diplomatique – Hrvatsko izdanje,

1, 2013a, 2, S. 5

- Becker, J., Finanzialisierung und globale Peripherie, in: Heires, M./Nölke, A. (Hg.): Politische Ökonomie der Finanzialisierung, Wiesbaden 2014a, S. 181-196
- Becker, J., Problematische Assoziierungspolitik: Die EU-Strategie im Ukraine-Konflikt, in: Informationsbrief Weltwirtschaft Entwicklung, 2014b, 3-4, S. 2-3
- Becker, J./Četković, P., Patterns of Financialisation in Southeast European and Visegrád Countries (Ms.), 2014
- Bohle, D., Europas andere Peripherie: Osteuropa in der Krise, in: Das Argument, 55, 2013, 1/2, S. 118-129
- Bole, V./Prašnikar, J./Trobec, D., Crisis and Contagion: Banks and the Real Sector, in: Prašnikar, J. (Hg.): The Slovenian Economy: Stranded in Recovery, Ljubljana 2011, 51-73
- Drezgjić, S., Fiskalna politika tranzicijskih zemlja u uvjetima recesije, in: Radošević, D. (Hg.): Kriza i ekonomska politika. Politika i ekonomija razvoja Hrvatske, Zagreb 2010, S. 205-224
- Dymarski, W., Impact of the global crisis on the economic performance of Central and East European economies, in: Dymarski, W./Frangakis, M./Leaman, J. (Hg.): The Deepening Crisis of the European Union: The Case for Radical Change. Analyses and Proposals from the EuroMemo Group. Poznań 2014, S. 90-111
- Frangakis, M., Europe's financial system under pressure. In: Grahl, J. (Hg.): Global Finance and Social Europe, Cheltenham 2009, S. 53-90
- Havlík, L., V únií najviac rástla spotreba v Pobaltí, in: Hospodárske noviny, 6.9.2012, S. 24
- Holzner, M./Astrov, V., Mittel-, Ost- und Südosteuropa von der EU-Krise voll erfasst, in: Wifo-Monatsberichte, 86, 2013, 5, S. 415-423
- Hrvatska Narodna Banka, Financijska stabilnost. No. 12, Zagreb 2014
- IMF, Ukraine 2012 Article IV Consultation. IMF Country Report No. 12/315. Washington 2012
- IMF, Republic of Belarus 2013 Article IV Consultation and Fourth Post-Program Monitoring Discussions. IMF Country Report No. 13/159. Washington D.C. 2013
- IMF, IMF Announces Staff Level Agreement with Ukraine on US\$ 14-18 Billion Stand-By Agreement. Press Release No. 14/131, March 27, 2014 (www.imf.org/external/np/sec/2014/pr14131.htm; abgerufen: 23.4.2014)
- Ivancheva, M.P., Die Protestwelle 2012-13: Gelegenheiten und Hindernisse für eine neue Linke im postsozialistischen Bulgarien, in: Kurswechsel, 2014, 1, S. 71-79
- Kanzleiter, B., Politische Sozialproteste im Südosten Europas im Zeichen der Krise. Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien. In: Gallas, A./Nowak, J./Wilde, F. (Hg.): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg 2012, S. 114-128
- Kulikova, N.V., Ekonomika w tiskach krizisa, in: Kulikova, N.V. (Hg.): Centralnaja i vostočnaja Evropa. Uroki mirogo krizisa, Sankt-Petersburg 2011
- Matuszak, S./Sarna, A., Od stabilizacji do stagnacji. Próby reform Wiktora Janukowicza. OSW Punkt Widzenia 32, Warschau 2013
- Mencinger, J., Slovenija med slonom socializma in krizo kapitalizma, in: Prunk, J./Deželan, T. (Hg.): Dvajset let slovenske države, Maribor/Ljubljana 2012, S. 57-80
- Myant, M./Drahokoupil, J., Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe and Central Asia. Hoboken 2011
- Nowak, O., EU and member states' balance of payments during the economic turmoil. Eurostat Statistics in Focus, 32/2012
- OeNB, Statistical Annex, in: Focus on European Economic Integration, 2013, 4, S. 96-101

- Osiatyński, J., Strategie makroekonomiczna Polski w warunkach światowego kryzysu a jej wyzwania na progu 2011, in: Kołodko, G.W. (Hg.): Globalizacja, kryzys i co dalej? Warschau 2010, S. 210-229
- Pöschl, J., Erholungstendenzen in den MOEL, in: Wifo-Monatsberichte, 83, 2010, 5, S. 427-443
- Sadowski, R., Partnerstwo w czasach kryzysu. Wyzwania dla integracji europejskiej państw Europy Wschodniej. OSW Punkt Widzenia 36, Warschau 2013
- Sarna, A., Gospodarska Ukrainy: między oczekiwaną pomocą Zachodu a realnymi sankcjami Rosji. OSW Analizy, 9.4.2014 (www.osw.waw.pl/print/22043, abgerufen: 14.4.2014)
- Tóth, A./Neumann, L./Hosszú, H., Hungary's full-blown malaise, in: Lehndorff, S. (Hg.): A triumph of failed ideas. European models of capitalism in crisis, Brüssel 2012, S. 137-153
- Wierzbowska-Miazga, A., Wsparcie drogą do podporządkowania. Rosja wobec Białorusi. OSW Punkt Widzenia 34, Warschau 2013
- Workie, M.T. et al., Vývoj a perspektivy svetovej ekonomiky. Globálna finančná a hospodárska kríza, Bratislava 2009

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO

1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Ptz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at